

Linkstrend stoppen im demokratischen Zeitalter – die Bedeutung der Rechtsstaats- und Nationalstaatskonzeption

Herrn Prof. Dr. Hans-Helmuth Knütter zu seinem 80. Geburtstag in Dankbarkeit und Anerkennung zugeeignet von RD Josef Schußlburner

Wir stehen mitten im Aufstand eines Zeitalters eindeutig linker Fanatismen ...¹

Das wissenschaftliche und politische Lebenswerk des 1934 geborenen Jubilars Prof. Dr. *Hans-Helmuth Knütter* ist wesentlich von den Erfahrungen des sich in der sowjetischen Besatzungszone abzeichnenden Linkstotalitarismus geprägt, der ihn 1950 zum politischen Flüchtling aus seiner pommerischen Heimat hat werden lassen. Der Jubilar hat sich in jüngster Zeit des öfteren die Frage gestellt, ob seine aus den Erfahrungen mit dem Linkstotalitarismus motivierte Opposition gegenüber den Gefahren, die von der politischen Linken für die nach der Verfassungsordnung garantierten politischen Freiheit ausgehen, überhaupt etwas bewirkt hat. Man ist in der Tat versucht, die aufgrund dieses Widerstreits zur politischen Linken entwickelten Aktivitäten des Jubilars in ihrer Wirkung als nicht besonders erfolgreich einzustufen. Zu dieser Einschätzung sieht man sich vor allem aufgrund der unbestreitbaren Tatsache veranlaßt, daß die für die totalitäre DDR-Diktatur mit Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl verantwortliche LINKE trotz dieser - allerdings als nicht als wirklich bewältigungsbedürftig angesehenen - Vergangenheit derzeit im politischen System der Bundesrepublik Deutschland fest etabliert ist und dabei zur schleichenden Herstellung linker Unfreiheit durch Beschränkung des weltanschaulich-politischen Pluralismus versucht, sich als eigentliche bundesdeutsche Verfassungsschutzpartei² zu betätigen: Verfassungsfeindlich firmiert dies als „Kampf gegen rechts“, der getrieben vom DDR-Ideologieprodukt „Antifaschismus“ mit seinem „antifaschistischen Schutzwall“ trotz der Millionen von Opfern, die der Kampf gegen „Rechtsabweichler“³ oder „Revisionisten“ in kommunistischen Regimes wie etwa in der Volksrepublik China hervorgerufen hat, sogar amtlich völlig unsensibel betrieben wird.

Der ideologische Erfolg der politischen Linken kann nicht zuletzt neben zahlreichen anderen Erscheinungen an dem eigenartigen Linksprojekt des „Gender Mainstreaming“ aufgezeigt werden, welches man dabei nicht als ziemlich verrückt kennzeichnen darf, obwohl sich dabei sogar die Vorstellung auftut, daß sich die Menschen in der Bundesrepublik Deutschland zur Verwirklichung der linken Gleichheitskonzeption auch biologisch angleichen sollten, was an die Utopie⁴ eines *Gabriel de Foigny* erinnert, der 1676 in *La Terre Australe* eine von sanften

¹ So *Gerhard Szczesny*, Das sogenannte Gute, 1973, S. 20 f.

² S. die entsprechende Aussage der stellvertretenden Chefin der Bundestagsfraktion, *Petra Pau*, in: *Handelsblatt* vom 20.03.2006, S. 4: Verfassungsschutz hat Lafontaine im Visier. Linkspartei steht unter Beobachtung - Fraktionschef Gysi kritisiert „Machtmißbrauch“; dieser „Mißbrauch“ ist natürlich gehorsamst ziemlich schnell von der „Mitte“ widerrufen worden, um umso ungenierter wirklichen Mißbrauch gegen rechts zu betreiben.

³ Der chinesische Schriftsteller *Yang Xianhui* hat ihnen unter anderen mit dem immerhin beim Suhrkamp-Verlag 2009 auf Deutsch erschienen Buch: *Die Rechtsabweichler von Jianbiangou*. Berichte aus einem Umerziehungslager, ein Denkmal gesetzt; mangels Selbsterkenntnis (*de te fabula narratur*) stellt dies natürlich keinen Grund dar, den Kampf gegen Rechts in der Bundesrepublik Deutschland einzustellen.

⁴ S. dazu und zur (Links-)Utopie generell: Friedrich Pohlmann, Das Elend der Utopien, in: http://www.bund-freiheit-der-wissenschaft.de/downloads/gu_material/gu_vortrag_pohlmann.pdf

Hermaphroditen bevölkerte Insel ersann, die nur einen Haß kennen - den Haß auf die Heterosexuellen, die sie als halbe Monster betrachten. Es wird in der Bundesrepublik Deutschland dem Anliegen des Jubilars völlig zuwider erfolgreich ein linkes ideologisches Ressentiment gegen die Normalität gepflegt, was damit zu erklären ist, daß die Normalität nun einmal nach rechts ausgerichtet ist.

Linkstrend der Mitte

Für den Jubilar muß es dabei bestürzend sein, daß seine Partei, die Christlich Demokratische Union, weder die Anmaßungen der Partei einer linken Diktatur mit dem sie kennzeichnenden „antifaschistischen Schutzwall“ noch die Absurditäten einer amtlichen Ideologie der Geschlechtsangleichung zurückweist, sondern sich als „Die Sozis von der CDU“⁵ anschickt, sich freiwillig in die Position einer zumindest ideologischen Blockpartei begeben zu wollen, in der sie mit der politischen Linken um die Verwirklichung linker Anliegen, wie etwa die Integration der ganzen Menschheit und ganzer Weltreligionen im Bundesgebiet ringt, was dabei unter apartheidartigem Ausschluß der deutschen politischen Rechten aus dem politischen System der Bundesrepublik Deutschland erfolgt. Unter dem Schlagwort der „bunten Republik“, das von einem als Bundespräsident gescheiterten CDU-Politiker geprägt wurde, wird dabei der politische Pluralismus der Einheimischen, welcher an parteipolitisch konnotierten Farben (die „Schwarzen“, die „Roten“ und ausdrücklich „Die Grünen“) festzumachen ist, durch einen linksgerichteten Hautfarbenpluralismus bei Ausgrenzung von Gruppierungen von Deutschen ersetzt.

Wie weitgehend in der Bundesrepublik Deutschland der Linkstrend fortgeschritten ist, kann man vielleicht daraus entnehmen, daß sich CDU / CSU nicht mehr einen Wahlkampfslogan erlauben könnten wie „Freiheit statt Sozialismus“. Und dies, obwohl dieser Slogan derzeit, d.h. bei einer parlamentarischen Vertretung der SED im Deutschen Bundestag und einer ganz selbstverständlichen überwältigenden Medienpräsenz dieser ehemaligen Diktaturpartei im bundesdeutschen sozialisierten Rundfunksystem sicherlich berechtigter wäre, als in der Zeit, als er tatsächlich verwandt worden ist und dabei der CDU / CSU den höchsten Stimmenanteil der Nach-Adenauer-Zeit verschafft hatte. Allerdings hat sie aus dem Erfolg nichts gemacht: Statt der versprochenen „geistig-moralischen Wende“ zur individuellen Selbstverantwortung der Bürger gab es die Wende der CDU zum Sozialdemokratismus, also zum staatlichen Betreuungs- und Bevormundungs- und vor allem Staatsschuldensystem. Würde die CDU / CSU den antisozialistischen Slogan nunmehr verwenden, würde ihr sofort der europäische Währungssozialismus mit massiven nachteiligen finanziellen Verpflichtungen entgegengehalten werden können, den maßgeblich sie zu vertreten hat. Die konkreten massiven Freiheitsbeschränkungen der Bundesrepublik Deutschland wie langjährige Haftstrafen wegen „Leugnen“ und „Relativieren“ gehen mit auf die linksgerichtete CDU-Politik zurück. Auch Parteiverbotsverfahren wegen Gedankenguts, das man in der Tat nicht mögen muß, geht wesentlich auf CDU-Politiker zurück, wobei sich dies deshalb als schwerwiegend darstellt, weil ein Parteiverbot das zentrale Mittel einer gegen die Freiheit gerichteten Diktatur darstellt, aber in der bundesdeutschen „Dialogkultur“ - natürlich nur „gegen rechts“ - gewissermaßen als ein Normalfall einer Demokratie dargestellt wird. Wenn ein Parteiverbot, das in den normativen Wirkungen sich viel

⁵ S. dazu die erhellende Titelgeschichte des Magazins *Zuerst* in der Ausgabe vom Februar / März 2014

einschränkender darstellt als ein Parteiverbot im sogenannten Obrigkeitsstaat⁶ als Normalfall von Demokratie erscheint, dann handelt es sich tendenziell um eine Demokratiekonzeption, die mehr an „DDR“, denn an das erinnert, was dem mündigen Bürger bislang im Sozialkundeunterricht (oder wie immer dieses Fach bezeichnet wurde) als „Demokratie“ vermittelt worden ist.

Wenn die bestehende deutsche demokratische Republik mit der Bezeichnung „Bundesrepublik Deutschland“ angesichts dieser Situation trotzdem noch nicht als eine „verbesserte“ Neuauflage einer „Deutschen Demokratischen Republik“ eingestuft werden kann, dann liegt dies weniger an einem konzeptionellen Gegengewicht gegen links, sondern neben den rechtsstaatlichen Beständen der deutschen Verfassungstradition mehr an der Tatsache, daß die Realität nun einmal rechts ist. Letzteres könnte besonders am privaten Verhalten der Vertreter der politischen Linken aufgezeigt werden, die ihre Kinder auf Privatschulen und nicht in Integrationsklassen schicken, wenn sie sich dies persönlich etwa als Abgeordnete ausgestattet mit entsprechenden Diäten leisten können.

Der Jubilar hätte sich allerdings nicht der Politikwissenschaft widmen müssen, würde er davon ausgehen, daß das Vertrauen auf die Realität des Lebens, mit der die Linke immer wieder zu Kompromissen gezwungen ist, ausreicht, die Gefahren des *leftism* gewissermaßen durch beobachtendes Nichtstun abzuwehren. Eine Haltung, die häufig von Vertretern der politischen Mitte eingenommen wird und in der Tat wohl sogar die Essenz dessen ausmacht, was man ideologisch als „Mitte“ definieren könnte. Diese im Ergebnis doch nur nach links *vermittelnde* Erwartung der politischen Mitte liefe dabei auf die Annahme hinaus, daß Ideen und politische Konzeptionen keine Bedeutung hätten. Erkennt man deren Bedeutung an - und ohne diese Prämisse müßte man die Politikwissenschaft vergessen - dann stellt sich die Frage nach den Gründen für den ideologischen Erfolg der politischen Linken und es ist die Frage zu beantworten, weshalb man sich, dem Attentismus der politischen Mitte zuwider, der politischen Linken überhaupt entgegenstellen soll und mit welchen zentralen Argumenten dies geschehen könnte.

Was ist links und was rechts?

Die Beantwortung dieser Fragen setzt zunächst eine Bestimmung der grundlegenden politischen Positionen voraus: „Das, was die Rechte von der Linken unterscheidet, ist tatsächlich nur ein einziger Aspekt: die Vorstellung hier von der zu erhaltenden und naturgegebenen, dort von der zu beseitigenden, weil nur durch die Verhältnisse bedingten, Ungleichheit der Menschen.“⁷ Auch wenn die Kategorien „links“ und „rechts“ in der nunmehr gebrauchten Weise erst im Zuge der Französischen Revolution als maßgebliche (partei-) politische Kategorien bleibend als solche definiert wurden, beschreiben diese

⁶ Darauf hat der Verfassungsrechtler E.-W. Böckenförde, Staat, Gesellschaft, Freiheit. Studien zur Staatstheorie und zum Verfassungsrecht, 1976, S. 91, FN 77 hingewiesen: „Z.B ist das Parteienrecht des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates unter dem Gesichtspunkt der rechtlichen Freiheit betrachtet, schlechter als dasjenige der Sozialistengesetze im Bismarckreich... Dem monarchisch-autoritär verfaßten Bismarckreich ist es demgegenüber nicht in dem Sinn gekommen, wegen der Unvereinbarkeit politischer Zielsetzungen der Sozialdemokratischen Partei mit seiner eigenen Wertgrundlage über das Verbot der Parteivereine, ihrer Versammlungen und Druckerzeugnisse hinaus auch die Freiheit der Stimmabgabe für sozialdemokratische Kandidaten, ihre Teilnahme an den politischen Wahlen aufzuheben oder gar errungene Reichstagsmandate zu kassieren.“

⁷ So *Szczesny*, a. a. O., ebenda.

Begriffe universelle Erscheinungen der Menschheitsgeschichte, wie nicht zuletzt der Gratulant in seinem einschlägigen Büchlein⁸ zu seiner Zufriedenheit aufgezeigt hat. Was politisch rechts ist, kommt etwa schon im *Buch der Wandlungen*, dem maßgeblichen Werk des Konfuzianismus, klar zum Ausdruck:

Nachdem Himmel und Erde entstanden waren, gab es die Zehntausend Wesenheiten. Nachdem die Zehntausend Wesenheiten ins Dasein getreten waren, gab es die beiden Geschlechter Männlich und Weiblich. Nachdem die beiden Geschlechter Männlich und Weiblich ins Dasein getreten waren, gab es Ehemann und Ehefrau. Nachdem Ehemann und Ehefrau entstanden waren, gab es Vater und Sohn. Nachdem Vater und Sohn entstanden waren, gab es Fürst und Untertan. Nachdem Fürst und Untertan sich herausgebildet hatten, gab es (die Verhältnisse von) Oben und Unten. Und nachdem (die Verhältnisse von) Oben und Unten entstanden waren, bekamen Ritual und Rechtlichkeit ihren Ansatzpunkt.⁹

Rechts ist demnach die Annahme der Notwendigkeit gesellschaftlich-politischer Hierarchien, die sich ganz natürlich aus der Ungleichheit und Verschiedenartigkeit der Menschen ergeben. Diese Hierarchien müssen in die Form einer politischen Herrschaft, die modern als Staat strukturiert ist, also in eine rechtliche Ordnung gebracht werden, um das den Menschen jeweils mögliche Kulturniveau verwirklichen zu können.

Was dagegen links ist, kommt vielleicht am Erhellendsten in der Beschreibung des Reiches *Uttarakuru*¹⁰ zum Ausdruck, das in einem auf Indien zurückgehenden chinesischen Text beschrieben ist. Dieses Reich ist geprägt von Herrschaftslosigkeit (*wu-chün*: Fürstenlosigkeit), ein Zustand, der erreicht ist, wenn alle Menschen gleich aussehen und daher alle Menschen gewissermaßen eine Familie darstellen. Es gibt kein Eigentum: Weil die Menschen von gleicher Form sind, kann jeder des anderen Gewand anziehen. Familien im eigentlichen Sinne gibt es jedoch nicht; wenn ein Kind geboren wird, wird es ausgesetzt und von allen gemeinsam aufgezogen, wobei zur Vermeidung von Altershierarchien ein schnelles Erwachsenwerden garantiert ist. Sexualbeziehungen, welche die Linke gerne zu einem politischen Problem macht, sind ziemlich einfach; nur wenn die Gefahr droht, daß sich biologisch enge Verwandte (die sich ja nicht als solche kennen) einander hingeben sollten, beugen sich die Bäume und warnen vor der Verletzung des Inzesttabus, was in dieser asiatischen Utopie das einzige darstellt, was noch an Familie im eigentlichen, d.h. rechten Verständnis erinnert. Da sich diese eigentlichen Familienmitglieder ansonsten nicht kennen, geschieht die Beerdigung nach dem Tod, der alle Menschen - dem Postulat der sozialen Gerechtigkeit entsprechend, müßte man bundesdeutsch hinzufügen - im gleichen Alter erreicht, ziemlich pietätlos und ohne weitere Trauer: Das nicht nur gleiche, sondern identische Schicksal ist nicht beklagenswert. Bemerkenswert ist, daß es sich bei dieser Utopie, die sämtliche Erscheinungen wie Naturkatastrophen, die ein ungleiches Schicksal hervorrufen ausblenden, um eine ziemlich primitive Agrargesellschaft handelt, was sich zur Vermeidung arbeitsteiliger Hierarchien als Grundlage der politischen Herrschaft wohl zwingend aus der als links zu kennzeichnenden Gleichheitsvorstellung ergibt. Hervorzuheben ist zudem, daß die allgemein proklamierte Menschenliebe ausgerechnet auf Kosten der

⁸ S. Josef Schüßlburner, *Konsens-Demokratie. Die Kosten der politischen Mitte*, 2011.

⁹ S. bei Wolfgang Bauer, *China und die Hoffnung auf Glück. Paradiese, Utopien, Idealvorstellungen in der Geistesgeschichte Chinas*, DTV-Verlag, München 1974, S. 189.

¹⁰ S. Bauer, a. a. O., S. 232 ff.

konkreten Familie verwirklicht werden muß, wo bei realistischer Betrachtung die menschliche Liebe ihre größte Verwirklichungschance hat.

Demokratie-Ideologie als politischer Vorteil der Linken

Ist die vorgenannte Beschreibung von „links“ und „rechts“ zutreffend, dann stellt sich die Frage, was die Linke dann so attraktiv macht, steht doch „rechts“ für den aus arbeitsteiligen Hierarchien und Ungleichheiten hervorgehenden naturwissenschaftlich-technischen und damit wirklichen Fortschritt, der sich als allgemeiner Wohlstand äußert, während links zwar Herrschaftslosigkeit und damit eine besondere Freiheit verspricht, die aber durch eine relativ primitive Gesellschaftsordnung erkauft werden müßte. Zudem ist es zumindest eine offene Frage (die aber von rechts klar verneinend beantwortet wird), ob sich das linke Projekt überhaupt verwirklichen läßt. Jedoch: „Die Vorstellung von der natürlichen und daher endlich zu verwirklichenden Gleichheit ist eine Menschheitsidee geworden, gegen die keine völkische, rassischen und ständischen Vorstellungen mehr durchzusetzen sind. Wir stehen mitten im Aufstand eines Zeitalters eindeutig linker Fanatismen ... Gegenüber dieser weltweiten Bewegung einer radikalen, die Macht im Namen der Gleichheit und Brüderlichkeit anstrebenden Linken sind alle Noch- oder Nur-Konservatismen und -Faschismen Sekten abseits der Geschichte.“¹¹

Die Erklärung für den ideologisch-politischen Erfolg der Linken dürfte letztlich darin liegen, daß die Entwicklung zur neuzeitlichen Demokratie ideologisch von einer linken Grundtendenz getragen ist, die sich in Normalzeiten, zumindest auf einer ideologischen Ebene als überwältigend darstellt. Die Entwicklung zur modernen Demokratie beruht nämlich auf der Politisierung des an sich transzendent gedachten Gleichheitsgedankens des Christentums. Diese religiöse Grundtendenz, welche die moderne Demokratie ideologisch trägt, gipfelt bei *Tocqueville*, der diese Entwicklung am genialsten analysiert hat, in der Aussage: „Die Demokratie aufhalten zu wollen, erschiene dann als Kampf gegen Gott selbst.“¹² *Tocqueville* hat damit einen welthistorischen Vorgang identifiziert, der darin besteht, daß anscheinend irreversibel allein ein demokratischer Herrschaftsanspruch als legitim angesehen wird.¹³ Wie allerdings von *Tocqueville* ebenfalls analysiert, ist dieser - von ihm selbst nicht als solchen bezeichnete - Linkstrend in der weiteren Entwicklung äußerst bedrohlich, weil er letztlich auf die Gleichheit des - natürlich demokratischen - Denkens zumindest im Sinne eines rigiden ideologisch-moralischen Konformitätsdrucks gerichtet ist und dabei bei konsequenter Handhabung eine Herrschaftsform kreiert, die man mit *Vollrath* als „okzidentale Despotie“ begrifflich erfassen kann. Die Gleichheitsidee erscheint deshalb attraktiv, weil mit dieser Gleichheit politische Herrschaft aufzuhören scheint: Wenn jeder mit jedem übereinstimmt, braucht man keinen staatlichen Zwangsapparat mehr: Der Staat stirbt danach ab, je gleicher die Menschen sind und Freiheit im Sinne der Linkskonzeption verwirklicht sich.

¹¹ S. *Szczesny*, a. a. O., ebenda, wobei hier dessen grundsätzlich linke Diktion hier unkommentiert wiedergegeben sein soll.

¹² S. *Alexis de Tocqueville*, Über die Demokratie in Amerika, Reclam-Ausgabe 1990, S. 16 ff.

¹³ So *Ernst Vollrath*, Die okzidentale Despotie, in: *Der Staat*, 1982, S. 321 ff.; dieser führt dies auf das „Vernunftprinzip“ zurück und verkennt dabei die quasi-religiöse Grundierung des Demokratismus; ob Demokratie den Rationalitätsanforderungen entspricht, die mit „Moderne“ assoziiert werden, darf zumindest mit *Michael Th. Greven*, Ist Demokratie modern? Zur Rationalitätskrise der politischen Gesellschaft, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 1993, S. 399 ff., bezweifelt werden; allein die Vorstellung (oder Illusion?) von Partizipation trägt danach den Demokratiedanken.

Diese Grundtendenz, die das Linkssein an sich kennzeichnet und das Freiheitsverständnis dieser Strömung als Freiheit durch umfassende und mehr oder weniger gewaltsam zu erzwingende Gleichheit bestimmt, ist selbstverständlich als grundsätzlich „totalitär“ einzustufen. Allein dies stellt schon einen hinreichenden Grund dar, dieser Tendenz entschieden entgegenzutreten. Aufgrund der massiven Opfer¹⁴ bei der Verwirklichung linker politischer Anliegen erscheint es völlig verfehlt, mit der politischen Mitte abzuwarten, daß sich dem Realitätsprinzip entsprechend auch in einem Linksregime schließlich rechte Tendenzen durchsetzen, wie dies etwa mit dem Militarismus¹⁵ kommunistischer Regime in Erscheinung getreten ist. Schließlich hatte sich zur Abwehr des bevorstehenden Zusammenbruchs, wie dies bei einem konsequenten Linksregime zu erwarten ist, etwa die Bildungspolitik der berüchtigten „DDR“ zu spät durchgerungen, eine auf Vererbung von intellektuellen Fähigkeiten gestützte Leistungsgesellschaft¹⁶ anzustreben. Geboten ist es, die Menschheit gar nicht mehr in eine derartige Situation zu bringen, in der ein Linksregime im Interesse seiner Selbsterhaltung in einer sehr entfremdeten Weise rechte Tendenzen aufgreifen muß, wie sich dies derzeit vor allem mit dem Wirtschaftssystem der kommunistischen Volksrepublik China darstellt; denn trotz eines derartigen linken „Kompromisses mit der Wirklichkeit“ bleibt der weltanschaulich-politisch totalitäre Charakter eines Linksregimes bestehen.

Konzeption gegen die Linkstendenz

Wie kann der Linkstendenz, die als „totalitäre Demokratie“¹⁷ gerade im Kontext des demokratischen Gleichheitsgedankens wohl unvermeidbar mit unterschiedlicher Maskerade wie derzeit vor allem unter „Gender Mainstreaming“ und Homosexuellenverehrung zur Verwirklichung drängt, wirksam entgegengetreten werden? Aufgrund der von *Tocqueville* beschriebenen säkular-religiösen / zivilreligiösen Tendenz wäre es, unabhängig von der politischen Überzeugung, unklug weil letztlich völlig unwirksam, eine derartige Gegentendenz gegen die demokratische Gleichheit gerichtet zu formulieren, wie dies noch im 19. Jahrhundert beim Nationalliberalismus als möglich angenommen werden konnte. Dieser hatte sich angesichts der Tendenzen zu einer totalitären Demokratie nicht zuletzt aufgrund entsprechender Erfahrungen in der 1848er Revolution und angesichts der mit DDR-Potential¹⁸ einhergehenden Ideologie der klassischen Sozialdemokratie¹⁹ veranlaßt gesehen,

¹⁴ Neben zahlreichen anderen Veröffentlichungen, die aber politisch auch nicht so viel zu bewirken scheinen, s. vor allem: *Stéphane Courtois / Nicolas Werth / Jean-Louis Panné / Andrzej Paczkowski / Karel Bartosek / Jean-Louis Margolin*, *Le livre noir du communisme. Crimes, terreur, répression*, Paris 1997; dt. Ausgabe: *Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror*. Mit dem Kapitel „Die Aufarbeitung des Sozialismus in der DDR“ von *Joachim Gauck / Ehrhart Neubert*, 4. Auflage, München / Zürich 2000.

¹⁵ Wobei allerdings hinzugefügt werden muß, daß dieser Militarismus im Revolutionsmythos der politischen Linken angelegt ist.

¹⁶ S. dazu den Beitrag von *Volkmar Weiss*, *Gleichheit oder IQ - das Dilemma der Wissenschaftler*, in: *Zwanzigste Etappe*, 2010, S. 13 ff.

¹⁷ So die Kennzeichnung des linken Projektes von Demokratie bei *Jacob Talmon*; s. nunmehr: *Die Geschichte der totalitären Demokratie 1 - 3 (Wege Der Totalitarismusforschung)* hg. von *Uwe Backes*.

¹⁸ Eine reichsweite DDR durch Umsetzung sozialdemokratischer Vorstellungen wurde luzide vorausgesagt in der klassischen Schrift des Linkliberalen *Eugen Richter*, *Sozialdemokratische Zukunftsbilder* frei nach *Bebel*, Berlin 1891.

¹⁹ S. dazu etwa *Susanne Miller*, *Das Problem der Freiheit im Sozialismus. Freiheit, Staat und Revolution in der Programmatik der Sozialdemokratie von Lassalle bis zum Revisionismus-Streit, 1964*, s. dort die Zusammenfassung auf S. 291 ff.; sowie: *Hermann Ebeling*, *Der Begriff „Demokratie“ in den sozialistischen*

von der Idee der Demokratie überhaupt Abstand zu nehmen. Dies läßt sich der Aussage des national-liberalen Fraktionsführers im Deutschen Reichstag, *Ernst Bassermann*,²⁰ entnehmen, als er forderte, sich eingedenk zu sein „unserer Geburtsstunde, in der liberale Männer ... der Demokratie absagten und ihre eigenen nationalliberalen Wege gingen.“ Der Liberalismus hat sich stattdessen - erfolgreich - auf die rechtsstaatliche Ausgestaltung des sog. Obrigkeitsstaats beschränkt, der seine Legitimität als System einer Politie im Sinne von *Aristoteles* vor allem aus der Erinnerung an den totalitären *terreur* der großen Französischen Revolution bezog, der sich um 1848 in Deutschland zu wiederholen drohte.

Ein derartiger Ansatz, die Linkstendenz durch Abwehr weiterer Demokratisierung in Schranken zu weisen, was im 19. Jahrhundert noch möglich schien, verbietet sich angesichts der im Sinne von *Tocqueville* weiter entfalteten Demokratieentwicklung bei Verschwinden der Legitimität einer alternativen Konzeption, auch wenn klar ist, daß die notwendige Gegentendenz, die schon aufgrund der Selbstverortung der Anhänger der entsprechenden Gleichheitsidee als „links“, notwendigerweise eben als „rechts“ einzustufen ist, die Verschiedenheit und Ungleichheit der Menschen betonen wird. In der Tat könnte, neben anderen Aspekten, schon ökonomisch gegen die Demokratie eingewandt werden, daß ein Privatunternehmen von der Größe eines staatlichen Haushalts zumindest nicht in der Rechtsform der Genossenschaft mit gleichem Stimmrecht für alle Genossen unabhängig von der Kapitaleinlage betrieben werden würde, sondern zur Vermeidung einer strukturellen Insolvenzgefahr aller Wahrscheinlichkeit nach als Aktiengesellschaft, d.h. mit Stimmrecht für die Unternehmensorgane dem Kapitaleinsatz entsprechend. Dies würde verfassungsrechtlich im Sinne einer notwendigerweise rechten Konzeption auf ein nach Steuerleistung gewichtetes Stimmrecht zu den politischen Vertretungsorganen hinauslaufen. In der Tat war die Befürchtung, die noch die - nachträglich allerdings zu „Demokraten“ gemachten - amerikanischen Verfassungsväter vor den „*levelling tendencies of democracy*“²¹ hatten, daß bei der demokratischen Gleichheit die überwiegende Mehrheit der Nettoschuldner die Minderheit der Nettogläubiger überstimmen und damit zum Schaden der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung zumindest schleichend enteignen würde. Die derzeitige Staatsschuldenkrise, wesentlich bedingt durch die „soziale Gerechtigkeit“ der politischen Linken, die sich dann die zunehmend nur noch nach links *vermittelnde* Mitte als bequemen Weg angeeignet hat, könnte vielleicht als Bestätigung für diesen rechten Ansatz der Demokratiekritik angesehen werden.

Diesem daraus als naheliegend abzuleitenden Gedanken, daß man im Interesse der wirtschaftlichen Rationalität, die im Kontext einer arbeitsteiligen Gesellschaft nun einmal von den Ungleichheiten und Verschiedenheiten der Menschen getragen ist, eine nicht-demokratische Herrschaftsform anstreben müsse, steht allerdings die von einer fast unüberwindlich einzustufenden religiösen Unterströmung getragene Tendenz entgegen, deren Überwindung einen erheblichen Aufwand erforderlich machen und sich deshalb auch nicht unbedingt als ökonomisch darstellen würde.

Demokratie als Machtprämie der Linken?

Ideologien - Marx, Lassalle, Engels-, Dissertation der Universität Heidelberg, 1964.

²⁰ S. *Lothar Gall*, Bürgertum in Deutschland, 1989, S. 436.

²¹ S. dazu: *Forrest McDonald*, *Novus Ordo Seclorum. The intellectual Origins of the Constitution*, 1985.

Die Schwierigkeit, eine rechten Opposition gegen den Linkstrend zu formulieren, könnte strukturell damit zu erklären sein, daß sich die Konzeption der Demokratie möglicherweise nicht als so neutral und ergebnisoffen darstellt, wie man dies etwa von einem Gericht annimmt, das den Parteien eines Prozesses Chancengleichheit gewähren muß. Vielmehr muß doch unterstellt werden, daß eine demokratische Ordnung mehr der linken Partei als der rechten Richtung eine Machtprämie im Sinne eines ideologischen Machterwerbsvorteils verschafft. Wenn nämlich als treibendes Motiv der Rückkehr zur Demokratie in der europäischen Neuzeit mit *Tocqueville* die Politisierung des transzendent gedachten christlichen Gleichheitsgedankens ausgemacht werden muß, muß auch davon ausgegangen werden, daß Demokratie eine Prämie für die politische Linke ausstellt und damit ein „Linkstrend“ als gewissermaßen in der Logik von Demokratie liegend ausgemacht werden kann, weil die als Utopie politisch säkularisierte transzendente Gleichheitsvorstellung als kennzeichnend für die politische Linke festzustellen ist.

Wie kann dann zwar demokratiekonform, aber doch gegen den der Demokratie anscheinend immanenten Linkstrend gerichtet eine wirtschaftlich rationale und politisch wirkungsvolle Gegenposition zu diesem Linkstrend formuliert werden? Nun: Jede Gleichheitsideologie geht notwendigerweise mit einer Ungleichheit einher, weil das Gleiche nur bei Abgrenzung zum Ungleichen definiert werden kann. Der Begriff „Demokratie“ als „Herrschaft des Volkes“ setzt bereits das Ungleiche voraus, das neben anderem vor allem in der Abgrenzung zu dem besteht, was nicht Volk ist. Wenn die Linke aus ihrer Gleichheitsvorstellung so etwas wie eine Menschheitsherrschaft als zumindest anzustrebendes Ideal ableitet, dann kann damit eben keine Demokratie mehr gemeint sein, sondern notwendigerweise etwas, was vielleicht als Anthropokratie (Menschenherrschaft) oder Homokratie (Gleichheitsherrschaft) be- oder umschrieben werden muß. Nun könnte man allerdings die Frage stellen, warum dann die als postdemokratisch einzustufende Anthropokratie schlecht sein soll, stellt sie doch vielleicht nur eine logische Fortentwicklung des Gleichheitsgedankens dar, der zur national-staatlichen Demokratie und auch zum Europagedanken als bloßer Übergangserscheinung und Zwischenlösung geführt hat: Nicht nur der Nationalstaat, sondern auch „Europa“ als Partikularität ist dann angesichts der großen Gleichheit des Linkstrends universalistisch nämlich nicht mehr zu begründen!

Die rechte Gegenposition wird darauf hinzuweisen haben, daß sich der linke Schluß von der Annahme, daß so etwas wie eine „Volkswirtschaft“ postuliert werden kann, auf die Folgerung, diese müsse in einem einzigen Unternehmen zusammengefaßt werden, als horrender Trugschluß des Sozialismus herausgestellt hat. Dementsprechend folgt - zur Vermeidung eines ähnlichen Trugschlusses - auch aus dem Postulat der Menschengleichheit gerade nicht, daß die Menschheit unter einer einzigen Menschheitsherrschaft (Weltherrschaft) vereinigt werden müsse, zumal auch die Weltherrschaft entgegen der utopischen Versprechungen des *leftism* die Herrschaft nicht beseitigt, sondern vielmehr besonders „irreversibel“ macht: Der aus der linken Gleichheitsidee zumindest konzeptionell sich zwingend ergebende Weltstaat könnte kein Austrittsrechts als Verwirklichungsform demokratischer Volkssouveränität mehr zulassen, weil er dann eben kein Weltstaat mehr wäre. Auch die Fluchtoption der „Abstimmung mit Füßen“ als letzte Zufluchtsmöglichkeit individueller Freiheit, was die Links-Diktatur „DDR“ massiv delegitimiert hatte, wäre gerade in einem Weltstaat nicht mehr möglich!

Vielmehr ist die sich aus dem Gedanken der Demokratie selbst ergebende Ungleichheit hervorzuheben, was mehr oder wenig zwingend zur Konzeption des Nationalstaates führt: Die Existenz von konkurrierenden Nationalstaaten wird dabei innerstaatlich in der Tendenz den Demokratiedebatten rechtsstaatskonform auf den eigentlichen politischen Bereich beschränken, da dies machtpolitisch einen Wettbewerbsvorteil verschafft. Diese Mäßigung politischer Herrschaft, welche die realistische Freiheitskonzeption der politischen Rechten beschreibt, wird dann im gesellschaftlichen Bereich den Ungleichheiten und der Verschiedenheit der Menschen letztlich auch im Interesse des demokratischen Gemeinwohls Entfaltung verschaffen. Dies drückt sich dann in höheren Wachstumsraten der Wirtschaft als Grundlage für Steuereinnahmen aus und erhöht damit die Aussichten des erfolgreichen Nationalstaates, sich im internationalen Wettbewerb zu behaupten. Nationalstaatskonzeption und rechtsstaatliche Demokratie, die mit den Grundrechtsgarantien als negative Staatskompetenzen der Verschiedenartigkeit der Menschen Verwirklichungsspielraum gewährt, hängen damit notwendig zusammen und stellen damit das rechte Gegenkonzept gegen die Linkstendenz dar. Diese versteht Grundrechte mehr als zu verehrende „Werte“ (Ideologienormen), die letztlich zu Lasten der rechtlichen Relevanz für den der Staatsgewalt unterworfenen gehen.

Gerade aus der der Demokratiekonzeption zugrundeliegenden Partikularität des jeweiligen Volks als Subjekts der Volksherrschaft folgt dann das Postulat des Staatenpluralismus und aus diesem wiederum der Nationalstaatsgedanke. Genau dieser Nationalstaatsgedanke - und nicht etwa die für besonders modern gehaltene Europaidee - stellt zudem das „Unikat“ der zur modernen Demokratie führenden (west-) europäischen Entwicklung²² dar, die bislang die kulturelle Überlegenheit des im weiteren Sinne europäischen Westens gegenüber den konkurrierenden Kontinenten markiert hat. Von den nicht-europäischen Staaten sind zwischenzeitlich diejenigen erfolgreich, welche den europäischen Nationalstaatsgedanken am besten adaptieren konnten wie vor allem Japan.

Der Nationalstaatsgedanke ist mit der die Moderne konstituierenden Trennung des Religiösen und Weltlichen, die im Rechtsstaat zentralen Ausdruck gefunden hat, deshalb verbunden, weil er auf der die politische Immanentsierung des christlichen Gleichheitsgedankens zurückweisenden Prämisse beruht, daß der Universalismus, d.h. die allgemeine Menschengleichheit im Grundsatz spirituell zu verstehen ist. Die absolute Gleichheit bleibt dementsprechend, wenngleich mit Auswirkungen auf der Ebene der Moral dem transzendenten Bereich vorbehalten, während das Weltliche, schon aufgrund der Knappheit an Zeit, bedingt durch die Sterblichkeit des Menschen und damit der Knappheit überhaupt, die zur Welt der Ökonomie führt, partikulär ist. Die Knappheit an Zeit und vergleichbare Mängel, wie etwa an Intelligenz etc. steht dem Anspruch entgegen, daß jedermann universeller Kulturvermittler sein könnte. Diesem Anspruch müßte der einzelne jedoch genügen, um sich in einer Anthropokratie, die man als „Weltdemokratie“ ansprechen mag, behaupten zu können. Dies ginge allenfalls dann, wenn der politische Anspruch auf ein kulturelles Minimum beschränkt würde. Dies erklärt, warum Darstellungen von utopischen Gesellschaften bei genauerer Lektüre doch eine ziemliche Primitivität der von der politischen Linken erwünschten Zukunftsgesellschaften aufweisen.

²² S. dazu *Hans-Ulrich Wehler*, Nationalismus. Geschichte, Formen, Folgen, erschienen in der Reihe C. H. Beck. Wissen, München 2001, S. 16 ff.

Demokratie läßt sich demnach auf der Grundlage politisch rechter Prämissen des Realitätsbezugs des Politischen und vor allem des Ökonomischen sehr wohl begründen. Deshalb ist es auch möglich, im Interesse des Wettbewerbsvorteils im demokratischen Zeitalter den „Schwarzen Peter“ der Demokratiefeindlichkeit der politischen Linken zuzuschieben. Deren Gleichheitsvorstellung, die sicherlich einen notwendigen und als solchen auch anzuerkennenden Beitrag zur Begründung der modernen Demokratie geleistet hat, geht letztlich über die Demokratie als Veranstaltung des partikulären Nationalstaates hinaus und leitet weltstaatlich, aber schon europapolitisch das Ende einer realistischen Demokratieverwirklichung ein. Linke Demokratie kann dann weltstaatlich nur noch in quasi-religiösen Bekenntnissen zur Demokratiegottheit²³ bestehen, wobei schon die Analyse der speziellen bundesdeutschen Verfassungsschutzdemokratie bei ihrer immanenten Linkstendenz die Erkenntnis vermittelt, daß die (quasi-) religiöse Aufwertung von Grundrechten und Demokratie als staatliche „Werte“, welche im Staatskult, der nunmehr zu einer Zivilreligion²⁴ mutiert ist, zu verehren sind, auf Kosten der juristischen Verwirklichungsqualität der Grundrechte als Individualrechte geht.

Rechte Begründung der politischen Gleichheit der (partikulären) Demokratie

Nun könnte aus linker Warte eingewandt werden, daß eine politisch rechte Position, welche die Ungleichheit und Unterschiedlichkeit der Menschen betont, keine Begründung dafür geben könne, weshalb auf der politischen Ebene eines Nationalstaates plötzlich alle gleich sein sollen, also Demokratie im Sinne einer partikulären Volksherrschaft praktiziert werden soll. Die Begründung dafür ist, daß der Bereich der Politik nicht auf das Ökonomische im eigentlichen Sinne reduziert werden kann, sondern es dabei potentiell um die Entscheidung über Leben und Tod geht, da auf den Staat zur Überwindung des Selbsthilferechts, d.h. des vorstaatlichen Grundrechts auf Tötung, also das *ius vitae necisque* übergegangen ist und dabei in der Kriegsführung oder der möglichen Vollstreckung der Todesstrafe zum Ausdruck kommt. Bei der Entscheidung über Krieg und Frieden, also die Erhöhung des allgemeinen Lebensrisikos, sollte dann in der Tat auf der Basis der Gleichheit entschieden werden, weil die Erhöhung des Lebensrisikos alle trifft, die ärmeren Kreise in der Tendenz wohl noch mehr als die Wohlhabenden. Deshalb war die Erfahrung eines nicht mit Söldnern, sondern mit Bürgern geführten Kriegs in der griechischen Antike das wesentliche Argument zugunsten der Demokratie anstelle einer Aristokratie oder Oligarchie und in diesem Sinne war nicht zuletzt der Erste Weltkrieg der große demokratisierende Gleichmacher, was das wesentliche Motiv der Sozialdemokratie dargestellt hat, die Kriegskredite zu bewilligen, die dem Weltkrieg die demokratische Legitimation verschafft hatte.

²³ Bei dem bekannten Verfahren gegen den Rechtsintellektuellen *Sokrates* in Athen ging es letztlich um die Ahndung mangelnden Glaubens an die Gottheit Demokratie, s. dazu die Ausführungen von *Isidor F. Stone*, *The Trial of Socrates*, Boston 1988.

²⁴ Die bundesdeutsche Zivilreligion, ihre protestantischen und besatzungspolitischen Ursprünge und massiven links fanatisierenden Konsequenzen sind zuletzt am besten beschrieben worden von *Karl Richard Ziegert*, *Zivilreligion. Der protestantische Verrat an Luther. Wie sie in Deutschland entstanden ist und wie sie herrscht*, Olzog-Verlag 2013.

Das weitere, mit dem ersten Grund zusammenhängend, geht auf das Argument gegen den universalistischen Gedanken der Linken zurück, daß zumindest bei Vorliegen komplexer Kulturen nicht jedermann universeller Kulturvermittler sein kann. Kern einer Kultur ist jedoch - schon sprachlich - der Kult, was auf etwas Transzendentes verweist. Legitime politische Herrschaft hängt in der Tat mit den großen „Warum-Fragen“ zusammen („warum soll ich Steuern bezahlen? Mich an ein ungeliebtes Gesetz halten?), welche letztlich immer zur Frage nach der Existenz Gottes führen - was damit die religiöse Herrschaftsbegründung als Normalfall der Menschheitsgeschichte plausibel macht. Zum Zwecke der praktischen Lebensbewältigung wird man diese Warum-Fragen irgendwann abbrechen, d.h. dezisionistisch werden müssen, weil sie nicht definitiv beantwortet werden können und im Interesse der weltanschaulichen Neutralität eines Staatswesens zumindest amtlich nicht beantwortet werden sollten. Genau diese Gleichheit in der Unfähigkeit zur Beantwortung dieser Warum-Fragen rechtfertigt Demokratie: Wären politische Fragen in der Weise zu beantworten wie technische und vielleicht noch betriebswirtschaftliche Fragen, würde wohl alles für die Herrschaft des Philosophenkönigs sprechen, mag dieser nun als aufgeklärter absoluter Fürst oder als über besondere Einsichten über den dialektischen Lauf der Geschichte verfügendes Zentralkomitee der Kommunistischen Partei in Erscheinung treten.

Auf der politischen Ebene etwa gelten eben Gesetze, ganz dezisionistisch, weil sie Gesetze sind. Fragt man nach dem Geltungsgrund derselben, dann wird ein Demokrat sagen, daß die Mehrheit so entschieden hat. Die Frage ist dann, welche Mehrheit wovon: Der Mehrheit der Menschheit oder von Europa? Es wird die Mehrheit eines Ganzen sein, das sich als solches versteht und ein solches Verständnis wird letztlich bei einer gemeinsamen Kultur vorliegen, die notweniger Weise eine Leitkultur sein wird (was ja noch das Mindeste darstellt). Diese wiederum ist gegeben - als Möglichkeit und gewissermaßen Notwendigkeit des Abbruchs der Warum-Fragen - durch die Gemeinsamkeit der historischen Erinnerung, also letztlich von Mythen im Sinne der gemeinsamen großen Erzählungen. Diese Einsicht ist natürlich einer linken Mythenkritik ausgesetzt, die sich allerdings immer als pseudo-aufklärerischen dargestellt hat, weil linke Politik voll von utopischen Mythen²⁵ ist, etwa dem Mythos der Französischen Revolution, der Idee der Einheit des Menschengeschlechts, der Vorstellung des unausweichlichen Fortschritts, der bemerkenswerter Weise in der Rückkehr zu einem (angeblich) herrschaftsfreien Urkommunismus bestehen soll, von „God’s own Country“, „the shining city upon the hill“, „manifest destiny“ etc. pp. und schließlich von „Europa“: Der Mythos „Europa“ geht nun eindeutig auf einen paganen griechischen Mythos zurück. Sicherlich ist der Mythenbedarf zur Begründung eines derartigen Europa²⁶ größer als der entsprechende Aufwand zur Begründung einer schon über Jahrhunderte existierenden Nation. Der ideologische Begründungsaufwand für ein künstliches Linksprojekt wie „Europa“ (zu einem derartigen Projekt ist das ursprünglich von der politischen Rechten initiierte Projekt nunmehr mutiert) dürfte dabei einen zivilreligiösen Aufwand erreichen, welcher durch seine Mythologeme zu den bestehenden Religionen in Konkurrenz treten muß, während ein national-staatlicher Patriotismus für die Religionen ungefährlich (geworden) ist.

²⁵ Wobei es dabei um letztlich christliche Mythen geht, s. *Jacques Solé*, *Christliche Mythen. Von der Renaissance bis zur Aufklärung*, 1982.

²⁶ Dies ist zuletzt in einem Beitrag zur Jesuitenzeitschrift *Stimmen der Zeit* Heft 1, 2014, erkannt worden, in dem *Roland Benedikter* und *Georg Göschl* postulieren: Europa braucht eine Zivilreligion; diese Befürwortung der Zivilreligion durch Jesuiten erstaunt, weil diese erkennen müssten, dass eine Zivilreligion die Tendenz hat, die bestehenden Religionen, wie den Katholizismus, zur bloßen Denomination der politischen Machtstruktur herabzustufen; diese Gefahren sind bei *Ziegert*, a. a. O., überzeugend ausgeführt.

Die Wirksamkeit des Mythos, der jeweils großen Erzählungen, die ein Volk und damit politisch eine Nation begründen, in deren Rahmen realistisch Demokratie praktiziert werden kann, müßte in Deutschland ohne weiteres einleuchten, gehört es doch zur bundesdeutschen Staatsraison, für das Existenzrecht eines bestimmten vorderasiatischen Staates einzutreten, dem gelegentlich lediglich kritisch entgegengehalten wird, daß dieser auch das Existenzrecht eines formell noch zu gründenden Staates akzeptieren müßte. Den Beginn einer derartigen Zweistaatenlösung in einem anderen Bereich kann man gut daran erkennen, daß sich im Königreich Belgien die Parteien von Christdemokraten, Sozialisten und Liberalen jeweils in einen flämischen und wallonischen Zweig aufgespalten haben. Die von der deutschen Linken im weitesten Sinne favorisierte Lösung, nämlich den in einem bestimmten Kontext nachvollziehbaren Satz von *Kaiser Wilhelm II.*, er würde keine Parteien mehr kennen, sondern nur noch Deutsche, umzukehren, wonach es nur noch Parteien, aber keine Deutschen geben solle, wird deshalb nicht aufgehen.

Eine Partei ist nun einmal definitionsgemäß ein „Teil“ (*pars*), was notwendigerweise ein Ganzes voraussetzt. Was dieses Ganze ist, müßte aufgrund der bundesdeutschen Staatsraison, einen bestimmten ausländischen Staat letztlich durch „große Erzählungen“ bedingt unbedingt erhalten zu wollen, eigentlich ohne weitere Begründung einleuchten: Soll denn - um nun doch noch konkret zu werden - Israel wirklich in der Menschheit aufgelöst werden? Dies wäre die Konsequenz²⁷ der Anwendung der Europaideologie auf Israel. Warum soll dann Israel nicht, Deutschland europatümelnd aber schon aufgelöst werden? Was hätte diese Differenzierung, welche nur polit-ideologisch und letztlich auf der Grundlage von „großen Erzählungen“ (Mythen), wenn nicht aus rassistischen Gründen vorgenommen werden kann, noch mit der Idee der Gleichheit zu tun, auf der das Linkssein gründet? Der Linkstrend ist also im demokratischen Zeitalter durchaus zu brechen, schon weil er sich mit seiner Gleichheitsvorstellung, in spezieller Weise mit seiner aus der ideologischen Menschheitsgleichheit abgeleiteten linken Deutschfeindlichkeit²⁸ mit ihren letztlich rassistischen Zügen selbst widerlegt.

Hindernis politische Mitte

Realpolitisch steht der Überwindung des Linkstrends in der Bundesrepublik Deutschland die politische Mitte entgegen, welche auf „Konsens“ setzt. Diese Konsensvorstellung ist deshalb problematisch, wenn nicht gar gefährlich, weil sie einer allgemeinen Tendenz der Menschheitsgeschichte entspricht, die man grundsätzlich als antidemokratisch²⁹ kennzeichnen muß, nämlich in der Unterschiedlichkeit politischer Auffassungen eine Bedrohung der Herrschaftsordnung zu erkennen. Deshalb hat man in China, dem „Reich der Mitte“, alle widerstrebenden weltanschaulich-politischen Ansätze zwangsweise in der Mitte, dem Machtzentrum zusammengeführt. Dies wurde mit der Doktrin der (Einheit der) Drei Lehren³⁰ (*sanjiao*), der staatlich erzwungenen Einheit der sich eigentlich extrem widersprechenden Lehren von Konfuzianismus, Taoismus und Buddhismus durchgezogen.

²⁷ So zu Recht: *Hazon Yoram*, Ist die Idee des Nationalstaates überholt. Israel aus europäischer Sicht, im Januar-Heft 2011 der Zeitschrift *Merkur*, S. 1 f.

²⁸ S. dazu das Werk des Jubilars, *Deutschfeindlichkeit. Gestern, heute und morgen ...?*, 1993.

²⁹ Darauf ist in einer jüngsten umfassenden Veröffentlichung eingehend hingewiesen: *Egon Flaig*, *Die Mehrheitsentscheidung. Entstehung und kulturelle Dynamik*, Paderborn 2013.

³⁰ S. *Joachim Gentz*, *Die Drei Lehren (sanjiao) Chinas in Konflikt und Harmonie. Figuren und Strategien einer Debatte*, in: *Edith Franke / Michael Pye* (Hg.) *Religionen Nebeneinander. Modelle religiöser Vielfalt in Ost- und Südostasien*, 2006, S. 17 ff.

Unterschiedliche Religionen oder auch Konfessionen waren im Zeitalter, in dem sich politische Herrschaft religiös begründet hat, d. h. fast in der gesamten Menschheitsgeschichte, immer die Grundlage unterschiedlicher Parteibildungen. Diese Parteiungen galt es zu unterdrücken, weil deren Auftreten zu gefährden schien, was überhaupt - wenngleich in den Konzepten der Linken ignoriert - als wesentliche Rechtfertigung von politischer Herrschaft angeführt werden kann: Die Abschaffung des Selbsthilferechts, wodurch sich derjenige Rechtsanspruch durchgesetzt hat, welcher von der größten Gewaltbereitschaft und damit letztlich der Tötungsbereitschaft getragen ist.

Von diesem traditionellen, weltweit vorzufindenden Herrschaftsverständnis, hat sich die spezifische europäische Entwicklung, wenngleich bei zahlreichen Rückentwicklungen, die immer wieder in das Allgemeinschema der Menschheitsgeschichte zurückgeführt haben, abgesetzt, nämlich in der Anerkennung des offen ausgetragenen Konflikts zwischen links und rechts: Die bedeutet, daß Mitte als Herrschaftszentrum sich nicht aufgrund gewaltsamer Selbstermächtigung oder religiöser Herrschaftsbegründung etabliert, sondern als Ergebnis eines offen ausgetragenen Ringens zwischen einer rechten und linken Strömung. Dementsprechend bemerkt *Machiavelli* in seinen für die Politikwissenschaft³¹ grundlegenden *Discorsi sopra la prima deca di Tito Livio*: „Mir scheint, wer die Kämpfe zwischen Adel und Volk verdammt, der verdammt auch die erste Ursache für die Erhaltung der römischen (also der republikanischen, *Anm.*) Freiheit.“³² Was im vordemokratischen Zeitalter als legitimer Weise ausgetragener Konflikt zwischen „oben“ und „unten“ ausgedrückt worden ist, ist im demokratischen Zeitalter, das den Konflikt dem Grundsatz der Gleichheit entsprechend auf eine gewissermaßen horizontalen Ebene bringt, der Konflikt zwischen einer linken und einer rechten politischen Strömung. *Machiavelli* hat deshalb zu Recht darauf hingewiesen, daß mit der Beendigung des Kampfes der Parteien von oben und unten, bzw. demokratisch: von links und rechts die Freiheit und die Politik aufhören würden. Die Vorstellung von einem immerwährenden Konsens wird damit zum Gegenpol zur Demokratie. Politik ist für *Machiavelli* genuin dieser Kampf, der sich weder aus anderen Konzeptionen wie der Philosophie oder der Theologie ableitet noch auf ökonomische Verhältnisse reduzierbar ist, wenngleich diese Aspekte in der Politik eine Rolle spielen, diese aber nicht darin aufgeht, sondern auf das permanente Ringen um Gemeinwohl, Recht und Freiheit ausgerichtet ist.

Gebrochen wird der Linkstrend in einer Demokratie daher, wenn nicht nur für links Partei ergriffen werden kann, sondern eben gleichwertig auch für eine rechte Position. Eine der linken Seite adäquate Parteiergreifung zur Brechung des Linkstrends müßte vor allem darin

³¹ Eine gute Würdigung findet sich beim Sozialdemokraten *Carlo Schmid*: „Machiavelli zeigt uns dort vor allem, was geschehen muß, damit ein Staat Dauer haben könne und damit aus dem Dilemma von Freiheit und Macht nicht Anarchie und darüber der Verlust der Freiheit oder der Untergang des Staates entstehe. Hier schreibt Machiavelli - gelassener, reicher, farbiger, als im Principe - nicht für jene, die als Fürsten die Gewalt über Menschen haben, sondern für jene, welche wert wären, Fürsten zu sein, nämlich für jene, die imstande sind, einen Staat zu schaffen und zu verwirklichen, in dem die Tugend der Bürger die Ausübung von Macht erlaubt, ohne dabei die Freiheit der Bürger zu opfern. Vorbild sind ihm dabei das republikanische Rom und die freien Reichsstädte Deutschlands“; s. Machiavelli. Fischer-Taschenbuchverlag, Frankfurt/M. 1956.

³² So in der deutschen Fassung von *Machiavelli*, *Discorsi*, hrg. von *Horst Günther*, Insel Taschenbuch, 2000, S. 27.

bestehen, daß die selbsterklärte bundesdeutsche Mitte bereit ist, demokratiekonform die rechte Rolle zu übernehmen. Aus dem bereits Vorgetragenen sollte sich ohne weiteres ergeben, was damit zentral gemeint ist: Das Eintreten für die Deutschen und den Nationalstaat der Deutschen, also für eine allgemeine Willkommenskultur für die Deutschen in Deutschland. Dieser zentrale Ansatz muß zum Beispiel keine Ablehnung von „Europa“ bedeuten, sondern meint lediglich, aber immerhin, daß eben „Europa“ kein Selbstzweck, sondern eine Möglichkeit deutscher Außenpolitik darstellt, die man dann halt als Instrument zurücknimmt, wenn sie sich nicht mehr lohnt, sondern zu große Kosten verursacht, was wohl zunehmend wegen der „Eurorettung“ der Fall ist. Da der Linkstrend im Kern darin besteht, die Gleichheit des Denkens zu erzwingen, wird die rechte Position darin bestehen, die Unterschiedlichkeit des Denkens unter Einschluß der Kreativität der Privatwirtschaft mit ihrer unterschiedlichen Lösungskapazitäten zu betonen. Auf einer generellen Ebene kommt dies in der Konzeption des Rechtsstaates zum Ausdruck, der wohl nicht nur zufällig so heißt und nicht etwa als „Linksstaat“ firmiert.

Die Tatsache, daß diese rechte Parteiergreifung der Richtung, die in der Bundesrepublik Deutschland als „Mitte“ firmiert, durchaus möglich oder eigentlich in einer der Demokratie konformen Weise geradezu selbstverständlich ist, zeigt sich gerade in den Staaten, die in der Bundesrepublik Deutschland als demokratische Vorbilder gelten: Die britischen Konservativen, die französischen Gaullisten oder die amerikanischen Republikaner haben keine Scheu, sich gegenüber der sich als links bezeichnenden sozialistischen und demokratischen Konkurrenz jeweils als rechts einzustufen. Dementsprechend geht auch die französische Politikwissenschaft³³ wie selbstverständlich davon aus, daß es sich bei CDU / CSU (und FDP) um die politische Rechte Deutschlands handelt. Es dürfte wohl klar sein, daß diese Einstufung nicht dem Selbstverständnis dieser deutschen Parteien gerecht wird, zumal ignoriert wird, daß es etwa auch in Frankreich christlich-demokratische Mitteformationen gegeben hat, die allerdings völlig verschwunden sind, wie zwischenzeitlich die italienische Variante dieser Mitte.

Voraussetzung für den Erfolg einer Rechtstendenz zur Überwindung des Linkstrends ist demnach die Anerkennung einer politisch rechten Position als legitim. Dem steht in der Bundesrepublik Deutschland allerdings die selbsterklärte politische Mitte entgegen, die „Mitte“ sein will, obwohl sie völlig paradox nur eine linke Richtung neben sich als legitim betrachtet, indem sie sich völlig ungeniert in den linken „Kampf gegen rechts“ einordnet und sich dabei notwendigerweise auf Linkskurs bringt.

Grundpostulat: CDU soll endlich „Mitte“ werden

Da man bei einer realistischen Politikbetrachtung die Leute nicht überfordern sollte, soll hier deshalb der aus dem Mechanismus von Demokratie abgeleitete Forderung nach einem offenen ausgetragenen Konflikt zwischen linker und rechter Strömung, welche in der Tendenz aus letztlich anthropologischen Gründen die politische Rechte bevorzugt, etwas zurückgeschraubt werden: Die CDU / CSU - und auch die vom Untergang bedrohte FDP - mag

³³ S. dazu den Beitrag des französischen Politologen *Emmanuel Todd*, Die deutsche Frage ist wieder offen. Haider, die Krise der CDU und die „longue durée“ der deutschen Geschichte, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 26. Februar 2000, S. 44, der die französische Befürchtung zum Ausdruck bringt, die Bundesrepublik Deutschland könnte ein normaler Staat werden.

„Mitte“ bleiben, dann soll sie dies aber überzeugend tun: „Mitte“ kann die CDU / CSU nur sein, wenn sie nicht nur alle möglichen Gruppierungen links von sich als legitim ansieht, sondern auch Formationen rechts von ihr. Zu fordern ist daher von der CDU / CSU, endlich aktiv für die freiheitliche demokratische Grundordnung einzutreten und damit für die Freiheit des Andersdenkenden, der eben nicht nur links, sondern auch rechts steht. So ist nicht bekannt, daß etwa maßgebliche Christdemokraten für die Zeitung *Junge Freiheit* eingetreten wären als sie vom linken „Verfassungsschutz“ staatlich diffamiert worden war. So ist nicht bekannt, daß die CDU / CSU für die Demonstrationsfreiheit sogenannter „islamfeindlicher“ Gruppierungen eingetreten wären, vielmehr haben sie linksextremen „Widerstand“ (d.h. kriminelle oder zumindest krimogene Grundrechtsverhinderungsaktionen) zumindest psychologisch unterstützt. Christdemokraten sind für sogenannte „Verfassungsschutzberichte“ verantwortlich, bei denen mit einer staatsideologischen Begrifflichkeit hantiert wird, die im Ergebnis auf das linkstotalitäre Schlagwort hinausläuft, daß „Faschismus“ keine Meinung, sondern ein Verbrechen sei: Das amtliche Schlagwort vom „Rechtsextremismus“, das in sogenannten „Verfassungsschutzberichten“ des öffentlich in Erscheinung tretenden Inlandsgeheimdienstes gebraucht wird, ist nämlich so ausgerichtet, daß völlig rechtstreuen Bürgern wegen einer unerwünschten politischen Einstellung, die es offenbar auch nach Auffassung der Christdemokratie nur mehr auf der rechten Seite gibt, auf eine Ebene mit politischer Kriminalität gebracht wird.

Wenn aber ein ganzes politisches Spektrum, das demokratiekonform notwendig ist und dabei möglicherweise sogar die relative Mehrheit der Deutschen darstellt, wie der Vergleich mit der wohl doch nicht so fremden Schweiz oder mit Österreich zeigt, trotz aller Menschenwürdegarantie des Grundgesetzes als quasi-kriminell diffamiert wird, dann kann die CDU / CSU keine „Mitte“ mehr sein, sondern sie wird - wie ihr sicherlich spezifisches Schicksal in der linkstotalitären Deutschen Demokratischen Republik zeigt - Teil des Linksblocks. Der damit bewirkte schleichende Übergang von einer parlamentarischen Demokratie, wo die Abgeordneten nicht übereinander von oben nach unten in der Mitte sitzen, sondern auf gleicher Ebene kreisförmig von links nach rechts plazierte sind, zu einer totalitären Demokratie, die vom gleichgerichteten Gleichheitsdenken der Linken bestimmt ist - genau dies dürfte zusammenfassend den Linkstrend bestimmen - ist nur dann abzuwenden, wenn die Legitimität einer politisch rechten Position anerkannt wird.

Diese Einsicht sollte eigentlich nicht so schwer fallen: Denn das gute Funktionieren der Bundesrepublik Deutschland geht doch zentral auf die politischen und rechtliche Bestandteile zurück, die unter der ideologischen Hegemonie der politischen Rechten im Deutschen Kaiserreich verwirklicht worden waren, von den zentralen Gesetzen für die Privatwirtschaft und für das Justizsystem angefangen bis zur gesamten Verwaltungsstruktur! Die weltgeschichtliche Bedeutung der Deutschen sollte aufgrund der entsprechenden Analyse eines Ausländers zum „deutschen Genie“³⁴ und der von ihm getragenen dritten Renaissance und zweiten wissenschaftlichen Revolution, doch anerkannt werden können: Ein Volk dem ich angehöre, kann eigentlich nicht so schlecht sein, könnte sich ein CDU-Politiker als Motto aneignen. Allein die Anerkennung dieser Tatsache könnte ausreichen, die CDU als Partei der Mitte zu erhalten, womit dann auch dem Linkstrend erfolgreich entgegengetreten werden könnte. Selbst wenn dieser hier aufgezeigte Kampf sich als

³⁴ S. Peter Watson, *The German Genius, Europe's Third Renaissance, the Second Scientific Revolution and the Twentieth Century*, 2010

äußerst mühsam darstellt: Mit dem Jubilar ist in Übereinstimmung mit dem als linken Politpropagandisten abgelehnten, als deutschen Dichter aber schätzenswerten *Bertolt Brecht* festzuhalten:

„Wer kämpft, kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat schon verloren!“ Und dieser Kampf trägt entsprechend der Erkenntnis von *Machiavelli* über die Grundvoraussetzung der republikanischen Freiheit seine Rechtsfertigung in sich selbst, mag er auch auf Anhieb nicht besonders erfolgreich erscheinen. Bei genauerer Betrachtung war dieser Kampf wohl doch erfolgreich; denn noch ist die Bundesrepublik Deutschland keine Deutsche Demokratische Republik. Im Vergleich steht eben die Bundesrepublik Deutschland noch immer rechts von der DDR. Daran gibt es nichts zu vermitteln.

Bonn, im Mai 2014